



SCHUTZ- KONZEPT

Stand 2024



Inhalt

QUELLE	3
EINLEITUNG	3
boJA – BUNDESWEITES NETZWERK OFFENE JUGENDARBEIT	4
RECHTLICHER RAHMEN	4
ANWENDUNGSBEREICHE DES SCHUTZKONZEPTS.....	5
GEWALT	6
ERLÄUTERUNGEN & DEFINITIONEN	6
GEWALTVERBOT IN ÖSTERREICH UND GEWÄHRLEISTUNG VON SCHUTZSYSTEMEN.....	6
FORMEN DER GEWALT	8
Körperliche Gewalt.....	8
Sexualisierte Gewalt/sexueller Missbrauch	8
Psychische Gewalt	8
Vernachlässigung	8
„Schädliche Praktiken“	9
Kinderhandel	9
Strukturelle Gewalt	9
Genderdimension von Gewalt und Ausbeutung	9
MASSNAHMEN	10
RISIKOANALYSE	10
STRUKTURELLE RISIKOANALYSE – AUSGANGSBASIS	10
KONTINUIERLICHE RISIKOABSCHÄTZUNG FÜR ANGEBOTE INNERHALB DES VEREINS	10
PRÄVENTIVE MASSNAHMEN.....	11
VERHALTENSKODEX	11
PERSONALEINSTELLUNG	12



SENSIBILISIERUNGSMASSNAHMEN & FORTBILDUNG	12
SCHUTZBEAUFTRAGTE:R	13
STANDARDS ZUR KOOPERATION & KOMMUNIKATION MIT MEDIEN.....	13
ZUSTIMMUNGS- UND EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNGEN	13
DATENSCHUTZ UND RECHT AM EIGENEN BILD.....	14
INTERVIEWEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN	14
FALLMANAGEMENT	16
LEITLINIEN FÜR DEN KRISENFALL – VORGEHEN IM VERDACHTSFALL.....	18
DOKUMENTATION UND WEITERENTWICKLUNG	18
BEKANNTMACHEN UND KOMMUNIKATION DES SCHUTZKONZEPTES	19



QUELLE

Grundlagenpapier „boja - Schutzkonzept“

EINLEITUNG

Der Verein Jungen*- und Männer*fragen begleitet und fördert männliche* Jugendliche auf ihrem Weg in die erwachsene Selbstständigkeit und Mündigkeit, sowie Erwachsene Männer* bei unterschiedlichsten Hilfestellungen in den verschiedenen Fassetten des eigenen Lebensweges. Wir wirken sozialen Ungerechtigkeiten entgegen und verstehen uns als gesellschaftliches Korrektiv. Fachkräfte des Vereins setzen Beziehungsangebote, die den Nutzern* der Angebote in ihrer sozialen Integration, ihren Bewältigungsmechanismen und ihren Selbstwirksamkeitserfahrungen stärken.

Der Verein basiert immer auf ethischen Grundlagen. Fachkräfte des Vereins sind aufgefordert, nach ethischen Standards zu handeln und Bedingungen bzw. Systeme in Frage zu stellen, die diesen widersprechen. So stellt die Beschneidung bzw. Nicht-Einhaltung sozialer Grundrechte bei den Zielgruppen des Vereins eine Verletzung von Rechten dar, gegen die aktiv vorgegangen werden muss. Fachkräfte des Vereins agieren in ihrer praktischen Arbeit nie im luftleeren Raum, sondern stets in einem organisationalen Rahmen. Darum reicht es nicht, Ethik lediglich auf der personalen Ebene zu betrachten, sondern es müssen zwei Fragen gestellt werden: Wie soll ich handeln? Welche Leitziele benötige ich als Organisation, um diesen ethischen Grundsätzen gerecht zu werden (vgl. Martin, 2007: 196¹)?

Mit diesem Schutzkonzept legt der Verein verbindliche Standards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bei den verschiedenen Angeboten fest. Dieses Schutzkonzept soll als Ergänzung zu bestehenden Leitbildern und Qualitätsstandards betrachtet werden. Das vorliegende Schutzkonzept für den Verein Jungen*- und Männer*fragen orientiert sich an der Kinderschutzrichtlinie des Netzwerks Kinderrechte Österreich, dessen Mitglied boJA² ist.

¹ Martin, Ernst (2007): Sozialpädagogische Berufsethik. Auf der Suche nach dem richtigen Handeln. Juventa, Weinheim und München.

² Bundesdachverband für die Offene Jugendarbeit <https://www.boja.at>



bOJA – BUNDESWEITES NETZWERK OFFENE JUGENDARBEIT

bOJA, das bundesweite Netzwerk Offene Jugendarbeit, ist die Interessensvertretung der Offenen Jugendarbeit in Österreich. Es wurde 2009 gegründet und baut auf einer langen Tradition der Vernetzung Offener Jugendarbeit in Österreich auf. bOJA vertritt im Auftrag des jeweiligen Jugendministeriums das Handlungsfeld der Offenen Jugendarbeit in Österreich und versteht sich als bundesweites Kompetenzzentrum für Offene Jugendarbeit in Österreich, als Service- bzw. Vernetzungsstelle, als Plattform für Wissens- und Informationsaustausch sowie als Fachstelle für Qualitätsweiterentwicklung im Bereich Offene Jugendarbeit. Das Sichtbarmachen des Handlungsfelds der Offenen Jugendarbeit und die damit einhergehende Stärkung ihrer Bedeutung ist ein wichtiges Anliegen.

RECHTLICHER RAHMEN

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen, einschließlich ihres Schutzes vor jeglicher Form von Gewalt, sind auf globaler, nationaler und regionaler Ebene in (verschiedenen) Konventionen und Gesetzen verankert, insbesondere durch Gesetze zum Kinder- und Jugendgewaltschutz. Die UN-Kinderrechtskonvention, sowie die drei Zusatzprotokolle (Fakultativprotokolle zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes, betreffend erstens die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, zweitens den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie sowie drittens ein Mitteilungsverfahren) bilden den übergeordneten Bezugsrahmen des Schutzkonzepts. Die darin enthaltenen vier Grundprinzipien, welche das Recht auf Gleichbehandlung, den Vorrang des Kindeswohls, das Recht auf Leben und persönliche Entwicklung sowie die Achtung vor der Meinung des Kindes umfassen, sind selbstverständlicher Teil unserer Haltung. Die Konvention definiert „jeden Menschen als Kind, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht hat, es sei denn, dass das jeweils geltende nationale Recht eine frühere Volljährigkeit festlegt“.

Für den Gewaltschutz in Österreich insbesondere relevant und leitend sind folgende Gesetzmaterien:

- Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern vom 20.1.2011. Verfassungsgesetzlich verankert sind darin insbesondere das Recht auf eine gewaltfreie Kindheit (Art.



- 5), das Recht des Kindes auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in seinen eigenen Angelegenheiten und das für die gesamte Rechts- und Sozialordnung geltende Kindeswohlvorrangigkeitsprinzip (Art. 1)
- Weitere verfassungsrechtliche Grundlagen, insbesondere im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der EU-Grundrechtscharta
 - ABGB § 137, Gewaltverbot; ABGB § 138, Kindeswohl
 - Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz 2013 – B-KJHG 2013 inklusive §37, Meldepflicht (Mitteilungen bei Verdacht der Kindeswohlgefährdung)
 - Meldepflichten, die in Berufsgesetzen geregelt sind, zum Beispiel im Ärztegesetz
 - StGB, Abschnitt 1, Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben, Abschnitt 10, Strafbare Handlungen die die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung gefährden - insbesondere relevant §§ 206; 207; 207a; 207b; 208; 208a; 212; 214; 215a sowie auch § 220b, Tätigkeitsverbot.

ANWENDUNGSBEREICHE DES SCHUTZKONZEPTS

Das Schutzkonzept wurde entwickelt, um sicherzustellen, dass die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Erwachsene innerhalb der Settings des Vereins geachtet werden und sie vor jeglichen Formen von Gewalt geschützt sind. Die vorliegenden Standards dienen zum einen der Sensibilisierung der Beschäftigten, zum anderen bieten sie Orientierung im Hinblick auf gemeinsame Grundwerte und Verhaltensrichtlinien und sind Leitlinien, wie die Beschäftigten im Verdachtsfall vorgehen sollen.

Auch dienen die Standards dem Schutz der Beschäftigten des Vereins. Im Falle eines Verdachts soll ein faires Verfahren zur Abklärung gewährleistet werden. Bei Entkräftung des Verdachts werden Maßnahmen gesetzt, welche die Reputation der Person wiederherstellen (vgl. Kapitel Fallmanagement)



GEWALT

ERLÄUTERUNGEN & DEFINITIONEN

Gewalt verletzt die Rechte der Menschen auf körperliche und psychische Integrität. Gewalt tritt in unterschiedlichsten Formen und Situationen auf und steht in der Regel mit Machtungleichgewicht und Abhängigkeiten in Zusammenhang. Einerseits kann sie durch Erwachsene erfolgen, aber auch durch Jugendliche untereinander. Sie kann sich im Internet beziehungsweise in den Sozialen Medien manifestieren oder über das Internet angebahnt werden (zum Beispiel Grooming). Sie schließt auch Gewalt an sich selbst (zum Beispiel Selbstverletzung) mit ein.

Vielfach sind die Menschen mehrfachen Formen von Gewalt – auch gleichzeitig – ausgesetzt, teilweise in Verbindung mit Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen (Kinderhandel) und mit erhöhtem Risiko bei bestimmten Gruppen von Menschen, zum Beispiel unbegleitete geflüchtete Minderjährige, Mädchen oder Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen. Unzureichende Umsetzung des Gewaltverbots, mangelndes Monitoring und fehlender Rechtsschutz können zu struktureller beziehungsweise institutioneller Gewalt führen. Das Schutzkonzept des Vereins Jungen*- und Männer*fragen verwendet einen breiten Gewaltbegriff, der auch dem Art. 19 der UN-Kinderrechtskonvention und dem Art. 5 des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes über die Rechte von Kindern 2011 zugrunde liegt³.

GEWALTVERBOT IN ÖSTERREICH UND GEWÄHRLEISTUNG VON SCHUTZSYSTEMEN

In Österreich ist seit 1989 der Einsatz jeglicher Form von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche als Erziehungsmittel in der Familie, in Schulen und Einrichtungen verboten. ⁴Auch wenn

³ Vgl. dazu die Interpretation des UN-Kinderrechteausschuss zu Gewaltformen in, Allgemeine Bemerkungen Nr. 13 (2011) – Das Recht des Kindes auf Freiheit von allen Formen der Gewalt, www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRC; Gewaltdefinitionen mit Österreich Bezug finden sich auch zum Beispiel auf www.schulpsychologie.at/gewaltpraevention/mobbing/ , <https://www.saferinternet.at/themen/cyber-mobbing/>

⁴ Siehe dazu für Österreich etwa www.kinderrechte.gv.at sowie www.gewaltinfo.at



gewaltsame Übergriffe vielfach zwischen Privatpersonen erfolgen, hat der Staat eine Schutzpflicht, im Rahmen seiner Rechtsordnung und weiterer Maßnahmen Übergriffe zu verhindern beziehungsweise Kinder und Jugendliche vor weiteren Übergriffen zu schützen, diese aufzuklären und Täter:innen zur Verantwortung zu ziehen. In Österreich finden sich dazu die wichtigsten Grundlagen im Verfassungsrecht (BVG Kinderrechte, Europäische Menschenrechtskonvention), Kindschaftsrecht (Kindeswohl und Gewaltverbot), Kinder- und Jugendhilferecht des Bundes und der Bundesländer (Gefährdungsmeldung, Hilfeplanung), in den Gewaltschutzgesetzen (Wegweisung, Betretungsverbot, einstweilige Verfügung), im Strafrecht (z.B. Körperverletzung, sexueller Missbrauch, Zwangsverheiratung) und in Verfahrensrechten (z.B. Beratung nach Außerstreitgesetz, Opferrechte nach der Strafprozessordnung). Der Schutz von Kindern und Jugendlichen zielt darauf ab, ein schützendes und stärkendes Lebensumfeld für Kinder zu schaffen, zur Gewährleistung der Kinderrechte auf Schutz vor Gewalt und Ausbeutung. Diese Aufgabe setzt notwendigerweise die Zusammenarbeit verschiedenster Akteur:innen voraus. Wesentlich sind die Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Offene Jugendarbeit, das Gesundheitswesen und die Polizei. Gesetzliche Mitteilungspflichten beziehungsweise behördliche Anzeigepflichten bei begründetem Verdacht auf Kindeswohlgefährdungen sollen ein Zusammenwirken dieser Bereiche sicherstellen.

Eine neue Studie des Vereins Möwe (Gallup Institut, 2020⁵) zeigt auf, dass das Bewusstsein und die Sensibilität für Kinderschutzfragen in der österreichischen Bevölkerung gestiegen sind und Gewalt an Kindern eher aus Überforderung als aus Überzeugung ausgeübt wird. Dennoch sei weiterhin viel Aufklärungsarbeit vonnöten, bis Gewaltfreiheit im Umgang mit Kindern und Jugendlichen erreicht ist.

⁵ www.die-moewe.at/sites/default/files/23335_Pr%C3%A4s_die%20m%C3%B6we_Gewalt%20an%20Kindern.pdf



FORMEN DER GEWALT

Körperliche Gewalt

Darunter versteht man die absichtliche Anwendung von körperlichem Zwang zum Nachteil der anderen Person, unabhängig von der Intensität des Zwangs – sie reicht vom leichten Klaps über Schütteln und schweren Schlägen bis zur Anwendung von Stöcken und anderen Gegenständen.

Sexualisierte Gewalt/sexueller Missbrauch

Dazu gehören die Verleitung zu beziehungsweise der Zwang zu sexuellen Handlungen. Diese Form von Gewalt erfolgt oftmals auch in Verbindung mit sexueller Ausbeutung, zum Beispiel bei der Herstellung und Verbreitung von Missbrauchsbildern im Internet. Sexualisierte Übergriffe können sich ebenso noch manifestieren: durch Verwendung von nicht altersadäquaten Worten und Begriffen, durch die tatsächliche oder angedrohte sexuell motivierte Berührung eines Kindes oder Jugendlichen, durch Aktivitäten ohne körperlichen Kontakt wie zum Beispiel das Zeigen von pornographischem Material oder Zeigen beziehungsweise Berühren der eigenen Geschlechtsteile in Anwesenheit des Kindes oder Jugendlichen.

Psychische Gewalt

Darunter fallen Formen der Misshandlung mittels psychischem oder emotionalem Druck, einschließlich Demütigung, Beschimpfen, in Furcht Versetzen, Ignorieren, Isolieren und Einsperren, Miterleben von häuslicher Gewalt sowie hochstrittige Pflegschaftsverfahren, Stalking, Mobbing/Bullying und Cyber-Bullying (mithilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien, z.B. Soziale Medien) sowie sonstige Formen von psychischer Gewalt, die sich vorwiegend im beziehungsweise übers Netz manifestieren, wie zum Beispiel Verhetzung, Diskriminierung und Grooming.

Vernachlässigung

Darunter versteht man das Vorenthalten von Leistungen zur Befriedigung jugendlicher Bedürfnisse (physisch, psychisch, emotional, sozial), obwohl die Möglichkeit dazu bestünde; im Extremfall Aussetzung des Kindes oder Jugendlichen.



„Schädliche Praktiken“

Diese werden manchmal als „traditionsbedingte“ Formen von Gewalt bezeichnet und umfassen etwa bestimmte Züchtigungspraktiken, weibliche Genitalverstümmelung, Kinder-ehen/Zwangsverheiratung, Gewalttaten „im Namen der Ehre“.

Kinderhandel ⁶

Dieser umfasst die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Aufnahme von Kindern und Jugendlichen zum Zweck ihrer Ausbeutung, einschließlich sexueller Ausbeutung, Ausbeutung der Arbeitskraft, durch Bettelei, durch Bestimmung zur Begehung von Straftaten, durch Organentnahme. Auf den Einsatz bestimmter Mittel zur Ermöglichung der Ausbeutung (zum Beispiel Drohung, Täuschung, Machtmissbrauch) kommt es (im Gegensatz zu Erwachsenen) bei Kindern und Jugendlichen nicht an, auch eine etwaige „Einwilligung“ des/der Jugendlichen in die Ausbeutung ist irrelevant. ⁷

Strukturelle Gewalt⁸

Sie geht nicht von einem handelnden Subjekt aus, sondern ist in das Gesellschaftssystem eingebaut. So äußert sie sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich ungleichen Lebenschancen von Frauen und Männern, jungen und alten Menschen, Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten oder Lebensformen.

Genderdimension von Gewalt und Ausbeutung

Kinder, Jugendliche und Erwachsene, einschließlich LGBTIQ, erfahren Gewalt und Ausbeutung in unterschiedlichen Formen, die mit Geschlecht und geschlechtsspezifischen

⁶ www.keepingchildrensafe.global/ Zugriff: 30.1.2021 von Kinderhandel (BMFJ/Task Force #gegen Menschenhandel, 2016), <https://www.kinderrechte.gv.at/kinderhandel-in-oesterreich>

⁷ Vgl. dazu auch die Handlungsorientierungen zur Identifizierung von und zum Umgang mit potenziellen Opfern von Kinderhandel (BMFJ/Task Force gegen Menschenhandel, 2016), https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Menschenrechte/Handlungsorientierungen_zur_Identifizierung_und_zum_Umgang_mit_potenziel....pdf

⁸ Siehe: https://www.gewaltinfo.at/fachwissen/formen/strukturelle_gewalt.php



Abhängigkeitsverhältnissen und Situationen in Verbindung stehen, und dementsprechend in Prävention und Schutz berücksichtigt werden müssen.

MASSNAHMEN

In den folgenden Kapiteln finden sich Anleitungen zur Risikoanalyse, Prävention, Fallmanagement und Dokumentation mit den jeweiligen Standards.

RISIKOANALYSE

Um den Schutz vor Gewalt zu erhöhen, ist es wichtig, eine Risikoanalyse durchzuführen. Träger des Vereins Jungen*- und Männer*fragen sind aufgefordert,

- a) eine strukturelle Risikoanalyse sowie
- b) eine fortlaufende Risikoabschätzung für alle Angebote in der Organisation durchzuführen.

Die strukturelle Risikoanalyse bildet die Grundlage für die Entwicklung beziehungsweise in weiterer Folge auch die Anpassung von Präventionsmaßnahmen und -konzepten, Notfallplänen oder strukturellen Veränderungen.

STRUKTURELLE RISIKOANALYSE – AUSGANGSBASIS

Beschäftigte des Vereins haben direkten Kontakt zu Kindern, Jugendlichen und Erwachsene, was einem direkten Risiko entspricht. Des Weiteren ergeben sich indirekte Risiken für Kinder und Jugendliche zum Beispiel durch Kommunikation und mediale Darstellungen beziehungsweise Informationen. Die Risikoanalyse muss von der Organisation vor Inkrafttreten des Schutzkonzepts durchgeführt werden. Die Strukturelle Risikoanalyse wird mit jeder Evaluierung des Schutzkonzepts wiederholt beziehungsweise aktualisiert.

KONTINUIERLICHE RISIKOABSCHÄTZUNG FÜR ANGEBOTE INNERHALB DES VEREINS

Der Verein verpflichtet sich, für alle neuen Projekte und Aktivitäten eine Risikoanalyse durchzuführen sowie entsprechende Maßnahmen der Risikominimierung zu setzen.



PRÄVENTIVE MASSNAHMEN⁹

Die Kernelemente der Präventionsmaßnahmen im Rahmen des Schutzkonzepts bestehen aus:

- dem Verhaltenskodex, den Standards für die Einstellung beziehungsweise Beauftragung von Mitarbeiter:innen und Freiwilligen sowie für deren Fortbildung,
- den Standards für Kooperation und Kommunikation und einem transparenten Fallmanagementsystem sowie
- Benennung einer/eines Schutzbeauftragten.

VERHALTENSKODEX

Alle Personen, die für den Verein Jungen*- und Männer*fragen tätig sind, beziehungsweise von dieser beauftragt werden, unterzeichnen den „Verhaltenskodex des Verein Jungen*- und Männer*fragen“ und verpflichten sich somit, zu einem geschützten Umfeld für Kinder, Jugendliche und andere vulnerable Personen beizutragen. Dies betrifft insbesondere angestellte Mitarbeitende, Honorarkräfte, extern Beauftragte sowie ehrenamtlich Tätige (zB. Freiwillige, Praktikant:innen, im Vorstand Tätige).

Der Verhaltenskodex zielt darauf ab, einen professionellen und persönlichen Schutzstandard zu gewährleisten. Mit der Unterschrift der Verhaltensregeln verpflichtet sich der:die Unterzeichnende dazu, aktiv dazu beizutragen, ein Umfeld aufzubauen und zu wahren, welches für Nutzer:innen sicher ist. Jede:r in der Organisation Tätige ist für die Beachtung, Bekanntmachung und Verbreitung der Verhaltensregeln verantwortlich.

Die Unterzeichnung des Verhaltenskodex ist Teil des Aufnahmeprozederes für eine Mitarbeit in der Organisation.

⁹ Diese orientieren sich an den internationalen Standards von KCS (Keeping Children Safe), www.keepingchildrensafe.org.uk



PERSONALEINSTELLUNG¹⁰

Alle Beschäftigten in der Organisation – Fachkräfte des Vereins Jungen*- und Männer*fragen, Betreuer:innen, sonstige Beschäftigte, Freiwillige, sowie ehrenamtlich Tätige (zB. im Vorstand) werden sorgfältig ausgewählt und überprüft. Ausschreibungen für Jobs enthalten einen Hinweis auf das Schutzkonzept des Vereins. Im Zuge des Einstellungs- beziehungsweise Auswahlverfahrens werden Fragen zum Schutz von Nutzer:innen im persönlichen Interview beziehungsweise Auswahlgespräch erörtert. Bereits im Vorstellungsgespräch werden die Bewerber:innen auf das Schutzkonzept hingewiesen. Die Identifikation mit dem Schutzkonzept sowie die Unterschrift des Verhaltenskodex sind Voraussetzung für eine Einstellung. Bei der Aufnahme der Beschäftigten sowie bei Vereinbarungen mit Freiwilligen und extern/freiberuflich Tätigen wird die Haltung zu Gewalt thematisiert. Ein so genanntes „erweitertes, polizeiliches Führungszeugnis“ ist vorzulegen, sofern es sich um eine längerfristige und regelmäßige Tätigkeit handelt, welche einen direkten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen vorsieht. Alle Beschäftigten werden über das Schutzkonzept in einem persönlichen Gespräch informiert.

SENSIBILISIERUNGSMASSNAHMEN & FORTBILDUNG

Die Organisation trägt dafür Sorge, dass alle Beschäftigten Basiskenntnisse über Gewaltprävention und gewaltfreien Umgang, inklusive sexualisierte Gewalt und das Erkennen von Signalen haben und dass die Beschäftigten Fortbildungen zum Thema Gewaltprävention und Intervention in Anspruch nehmen können. Dazu werden Informationsveranstaltungen und Schulungen für den angesprochenen Kreis der Mitarbeitenden angeboten. Jede Organisation sollte ein sexualpädagogisches Konzept aufweisen können.

¹⁰ Siehe Leitfaden für gewaltfreie sozial-/pädagogische Einrichtungen: https://www.gewaltinfo.at/themen/2011_11/leitfaden.php sowie Leitfaden Schutz vor sexualisierter Gewalt in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit des Steirischen Dachverbands der Offenen Jugendarbeit, http://www.dv-jugend.at/wp-content/uploads/2020/02/Schutzkonzept_2020_screen_2.pdf



SCHUTZBEAUFTRAGTE:R

Die Organisation beauftragt eine bzw. zwei Ansprechperson/en, die die Rolle einer:s Schutzbeauftragten und ihrer bzw. seiner Stellvertretung übernehmen. Zentrale Aufgaben der:des Schutzbeauftragten sind:

- Begleitung und Sicherstellung der Umsetzung des Schutzkonzepts
- Durchführung der Risikoanalyse/n
- Monitoring und jährlicher interner Bericht an die Leitung/Geschäftsführung
- bzw. in den Mitgliederversammlungen
- Ansprechperson bei Verdachtsfällen sowie Betreuung und Krisenmanagement
- Schnittstelle zu Leitung und externen Einrichtungen

STANDARDS ZUR KOOPERATION & KOMMUNIKATION MIT MEDIEN¹¹

Bei der Herstellung und Verbreitung von Inhalten in (Sozialen) Medien berücksichtigt der Verein Jungen*- und Männer*fragen die Standards des Schutzkonzepts, wahrt die Würde der Nutzer:innen und schützt deren Identität. Der Verein Verein Jungen*- und Männer*fragen informiert dabei über die Richtlinien für die Berichterstattung, inklusive spezieller Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Kinder und Jugendliche, bzw. führt gegebenenfalls auch persönliche Briefings für Journalist:innen durch. Der Verein Verein Jungen*- und Männer*fragen verpflichtet sich zu einem sorgfältigen Umgang mit dem Erstellen und der Veröffentlichung von Fotos von Kindern und Jugendlichen.

ZUSTIMMUNGS- UND EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNGEN ¹²

Wichtig ist, dass bei Veranstaltungen, insbesondere bei mehrtägigen, inklusive Reisen, Aufsichtspflichtregelungen und Jugendschutzgesetze der jeweiligen Veranstaltungsorte einzuhalten sind. In diesem Rahmen müssen Vereinbarungen mit Kindern und Jugendlichen getroffen werden.

¹¹ Basierend insbesondere auf Kindernothilfe e.V. und ECPAT International

¹² Vgl. Eurochild, Child Protection Policy:

https://eurochild.org/uploads/2020/11/Eurochild_Child_Protection_Policy.pdf



DATENSCHUTZ UND RECHT AM EIGENEN BILD

Betreffend Aufnahmen von Fotos, Videos oder der Anforderung von persönlichen Informationen über das Leben von den Nutzer:innen, die in Materialien (z.B. Jahresberichten, Projektberichten, Medienarbeit) des Vereins Jungen*- und Männer*fragen verwendet werden, sowie jeder weiteren Form der Datenverarbeitung, müssen die Standards der DSGVO eingehalten werden. Wenn der:die Minderjährige unter 14 Jahre alt ist, ist zwingend die Einwilligung der Obsorge berechtigten Personen nötig. Wenn der:die Minderjährige über 14 Jahre alt ist, ist die schriftliche Einwilligung des:der Jugendlichen ausreichend, die Zustimmung der:des Obsorgeberechtigten ist laut DSGVO nicht erforderlich wird aber seitens des Vereins Jungen*- und Männer*fragen bis zum vollendeten 17. Lebensjahres gefordert.

Empfehlenswert ist, auch bei Kindern unter 14 Jahren eine schriftliche Einwilligung des Kindes selbst einzuholen. Kinder beziehungsweise Jugendliche müssen in verständlicher Weise darüber informiert werden, wie die Informationen oder das Bild/ der Film verwendet werden und dass sie das Recht haben, die Zustimmung zu verweigern oder später zu widerrufen. Sie müssen gefragt werden, ob sie zustimmen, dass ihr Vorname mit der Information oder dem Bild/Film geteilt wird.

INTERVIEWEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ¹³

Im Zuge von speziellen Projekten oder Teilhabeaktivitäten in der Kommune kann es zu Befragungen und Interviews mit Kindern und Jugendlichen kommen. Diese Befragungen erfordern gewisse Fähigkeiten, die die Fachkräfte des Vereins Jungen*- und Männer*fragen aufgrund ihrer Qualifikationen in Sozialer Arbeit mitbringen. Die folgenden Grundprinzipien stellen sicher, dass die Würde und Rechte von Kindern und Jugendlichen geachtet werden. Einwilligung nach Aufklärung: Bevor das Kind bzw. der/ die Jugendliche einwilligt, das Interview

¹³ Vgl. Eurochild Child Protection Policy



durchzuführen, muss ausreichend über das Ziel und die geplanten Themen des Interviews aufgeklärt werden, sowie ihr:sein Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen.

Die interviewende Person sollte zu Beginn des Interviews das Verständnis des Kindes für sein Einverständnis überprüfen.

Bereitstellung von Unterstützung:

Während des Interviews sollte eine zusätzliche Person anwesend sein. Wenn möglich sollte die Wahl bestehen, wer während des Interviews zusätzlich unterstützt.

Das Recht Nein zu sagen:

Vor dem Beginn des Interviews ist klarzustellen, dass das Kind bzw. die:der Jugendliche nur sprechen muss, wenn sie:er sich wohlfühlt, und dass sie:er jederzeit die Zustimmung beenden und zurückziehen kann.

Geschlecht:

Die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind zu berücksichtigen, zum Beispiel, ob es angenehmer wäre, mit einem Mann oder einer Frau zu sprechen. Bei der Entscheidung, welche Themen diskutiert werden können, sollte wenn möglich das Geschlecht berücksichtigt werden.

Zustimmung zur Aufzeichnung:

Wenn das Interview aufgezeichnet wird, muss das Kind bzw. die:der Jugendliche darauf hingewiesen werden sowie ein schriftliches Einverständnis des Kindes bzw. der:des Jugendlichen und der:des Obsorge berechtigten eingeholt werden.



FALLMANAGEMENT

Sollte ein Verdachtsfall in der Organisation bekannt werden, kommen folgende Grundlagen zur Anwendung:

- das Handlungsschema für den Verdachts- beziehungsweise Krisenfall
- Zuständigkeit der/des Schutzbeauftragten
- Prüfung und Abklärung des Falls durch die:den Schutzbeauftragte:n gemeinsam mit der Leitung (sollte der Verdachtsfall bzw. Krisenfall von der Leitung ausgehen, so übernimmt dessen Stellvertretung die Leitung!)
- Meldeformular
- Beschwerdemanagement
- Information über das Beschwerdemanagement für Beschäftigte, Kooperationspartner:innen, externe Dienstleister:innen, etc.
- Information über das Beschwerdemanagement in kind- bzw. jugendgerechter Form und Sprache

Der Verein Jungen*- und Männer*fragen geht jedem gemeldeten Verdachtsfall nach. Für die professionelle Abwicklung wurden entsprechende Leitlinien für den Krisenfall entwickelt. Das Fallmanagement-Prozedere stellt einen Bezugsrahmen für die Organisation dar und soll den Informationsfluss zwischen den Akteur:innen sicherstellen.

Grundlage aller Entscheidungen innerhalb des Fallmanagement-Systems sind das Wohl und der Schutz des jungen Menschen und allen anderen Nutzer:innen.

Der rasche Zugang zu Hilfsangeboten ist zu gewährleisten, um weiteren Schaden abzuwenden. Das Fallmanagement-System ist allen Beschäftigten sowie den Freiwilligen und sonstigen Dienstleister:innen bekannt. Ferner sind alle Kooperationspartner:innen über die Abläufe dieses Systems informiert. Kinder und Jugendliche werden in angemessener Form und verständlicher Sprache über das Beschwerdemanagement sowie die Ansprechpersonen informiert.

Bei allen Verdachtsfällen ist es zunächst von zentraler Bedeutung, Ruhe zu bewahren und sowohl das Opfer als auch die verdächtige Person nie unmittelbar zum Vorfall zu befragen. Der Opferschutz hat höchste Priorität. Dies beinhaltet eine sensible Vorgehensweise. Ziel des



Fallmanagement-Systems ist es, bei Verdachtsfällen eine adäquate und schnelle Untersuchung der jeweiligen Situation zu ermöglichen und Fälle von Missbrauch und Misshandlung frühzeitig zu erkennen.

Welche Person konkret die Mitteilung zu erstatten hat, ist nach den organisationsinternen Dienstvorschriften und Kommunikationsregeln zu beurteilen: Es ist jedoch ratsam, die:den Schutzbeauftragte:n damit zu betrauen, die:der das weitere Prozedere mit der Leitung bespricht. Es ist möglich und meist empfehlenswert, sich bei einer Anzeige vorher darüber zu informieren, welche Folgen und behördlichen Schritte sie nach sich zieht, damit man gut abwägen kann, ob man sie einbringt. Dies kann man beispielsweise bei den Kinderschutzzentren¹⁴ machen.

Bis zur Klärung der Vorwürfe wird die Zusammenarbeit mit der in Verdacht geratenen Person ruhend gestellt. Die Abklärungen sind gemäß Datenschutzrichtlinien sowie auf der Basis eines fairen Verfahrens durchzuführen. Die jeweiligen Vorgehensweisen bei Verdachtsfällen werden notwendigerweise nach organisationsinternen und -externen Personen differenziert.

¹⁴ www.oe-kinderschutzzentren.at



LEITLINIEN FÜR DEN KRISENFALL – VORGEHEN IM VERDACHTSFALL

Die zentrale Anlaufstelle für alle Verdachtsfälle ist die:der Schutzbeauftragte des Vereins Jungen*- und Männer*fragen. Diese:r führt die ersten Klärungen durch und entscheidet in Absprache mit der Leitung über die weiteren Schritte. Die betroffenen Personen werden über das Vorgehen unter Einhaltung geltender Datenschutzbestimmungen und Verschwiegenheitspflichten informiert.

Grundsätzlich können drei verschiedene Fallkonstellationen unterschieden werden, mit denen die Organisation konfrontiert werden kann:

- Der Verdachtsfall betrifft eine Person aus dem Kreis der Beschäftigten beziehungsweise Personen, die über eine Tätigkeit oder einen Auftrag für die Organisation Zugang zu Kindern und Jugendlichen erlangt haben, wie zum Beispiel externe Trainer:innen, Freiwillige, etc.
- Beschäftigte der Organisation erfahren von Gewalt zwischen Kindern bzw. Jugendlichen, die Nutzer:innen ihrer Einrichtung sind und in ihre unmittelbare Zuständigkeit fallen.
- Beschäftigte der Organisation erfahren von Gewalt an Kindern bzw. Jugendlichen, die außerhalb der unmittelbaren Zuständigkeit beziehungsweise Verantwortung ihrer Organisation liegt, zum Beispiel innerhalb der Familie oder Schule.

DOKUMENTATION UND WEITERENTWICKLUNG

Der Verein Jungen*- und Männer*fragen überprüft die Umsetzung des Schutzkonzepts regelmäßig. Dies geschieht beispielsweise durch folgende Maßnahmen:

- Die:der Schutzbeauftragte berichtet einmal pro Jahr über Fortschritte an die Leitung sowie die Mitgliederversammlung.
- Gegebenenfalls findet eine jährliche Umfrage unter den Beschäftigten statt, wie die Standards des Schutzkonzepts umgesetzt werden, wie effektiv sie sind und welche Verbesserungen erforderlich sind.

Darüber hinaus tauscht sich die Leitung und die:der Schutzbeauftragte regelmäßig über aufgekommene Fälle und Neuigkeiten im Bereich Kinderschutz aus. Die Teammitglieder:innen



informieren sich gegenseitig und planen notwendige Fortbildungen. Ziel ist es, einen Prozess fortlaufenden organisationsinternen Lernens zur Verbesserung des Schutz-Systems zu erwirken, vor allem für Kinder und Jugendliche.

Jeder einzelne (Verdachts-)Fall wird nach den vorgegebenen Formularen abschließend dokumentiert und gemäß Datenschutzbestimmungen (für sensible Daten) abgelegt.

Vorfälle und Beschwerden werden nicht nur professionell gehandhabt, sie dienen auch dem Lernprozess des Vereins Jungen*- und Männer*fragen. Falls erforderlich, werden die Schutzstandards oder Meldeverfahren entsprechend angepasst. Die Dokumentation obliegt der Verantwortung der:des Schutzbeauftragten. Der Leitung ist ein jährlicher Statusbericht vorzulegen. In den Bericht fließen Erfahrungswerte aus der laufenden Arbeit sowie Änderungsvorschläge zur Handhabung zukünftiger Fälle mit ein. Durch die Dokumentation und Berichterstattung wird die Transparenz sichergestellt. Alle drei Jahre wird das Schutzkonzept einer internen Überprüfung unterzogen und – falls nötig – überarbeitet. Nach Möglichkeit und abhängig von den finanziellen Ressourcen wird ein:e externe:r Expert:in zur Überprüfung der Richtlinien und Praktiken herangezogen.

BEKANNTMACHEN UND KOMMUNIKATION DES SCHUTZKONZEPTE

Der Verein Jungen*- und Männer*fragen veröffentlicht das Schutzkonzept auf ihrer Website und informiert die wichtigsten Systempartner:innen, Fördergeber:innen jugendliche Nutzer:innen.